

Treffen der Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg, 19. März 2009, Rathausaal Nürnberg (Protokoll Teil 1)

Nach der Eröffnung durch Simone Richter, Moderatorin und eine der KoordinatorInnen der neu zu gründenden Allianz, folgte die Begrüßung durch Bürgermeister Wolf, Gräfenberg. Er zitierte einen NN-Artikel, in dem über eine empirische Studie berichtet wird, die einen starken Anstieg von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalität unter Jugendlichen verzeichnet (Anmerkung: Pfeiffer-Studie). Dann erläuterte er anhand einer Präsentation die Situation in der Metropolregion, dass es sich nicht mehr nur um vereinzelte Erscheinungen handle, sondern eine systematische Verbreitung des Rechtsextremismus offensichtlich würde.

Der Gräfenberger Bürgermeister berichtete detailliert über die (uns allen bekannte, den BesprechungsteilnehmerInnen eventuell nicht ganz so bekannte) Situation in Gräfenberg, über die Gefahr von Immobilienkäufen, stellte die Frage nach dem Motiv für die Auswahl dieser Immobilien und warnte ausdrücklich vor einer Unterwanderung demokratischer Strukturen.

Der Focus der Arbeit sei auf die Jugendlichen zu legen, die am meisten gefährdet seien.

Weiter seien die Verbotsanträge der NPD-Demos in Gräfenberg in der 1. oder 2. Instanz des Rechtssystems gescheitert, dennoch sprach sich Wolf ausdrücklich gegen ein generelles Versammlungsverbot aus, stellte stattdessen die Frage nach dem Verbot der NPD und betonte den dringenden Handlungsbedarf.

Er schloss mit der Bitte, eine Hilfestellung im Umgang mit Rechtsradikalismus für alle Kommunen zu schaffen.

Simone Richter kündigte daraufhin Prof. Dr. Verhoeven an.

Prof. Dr. Verhoeven entwickelte für die niederländische Regierung Vorstellungen zum Umgang mit Rechtsextremismus.

Er gliederte seinen Vortrag in die Punkte: 1. Gefahren, 2. Äußerungen, 3. Strategien dagegen sowie 4. Maßnahmen dagegen gerade jetzt.

Punkt 1: Gefahren des Rechtsextremismus und extremer Ideologien. Verhoeven begann mit einer Definition der drohenden Gefahren durch Rechtsextremismus – hier erläuterte er auch die Begrifflichkeit „Extremismus“ (So seien sowohl Rechts- als auch Linksextremisten absolutistisch in ihren Auffassungen, seien intolerant und würden andere ausschließen, seien auch bereit, Ziele mit Gewalt zu erreichen. Außerdem würden sich die Extreme nähern – dies drückte er auf Französisch aus.). Im Folgenden beschränkte sich der Referent dann wieder auf den Rechtsextremismus. Laut Verhoeven sei das Wort „Rasse“ ein unseliger Begriff. In Wahrheit gebe es nur eine „Rasse“, nämlich den Menschen. Doch für Rechtsextremisten seien Menschen und „Rassen“ nicht gleichwertig. .

Herausragendes Kennzeichen von Rechtsextremisten sei, dass diese die Universalität der Menschenrechte verneinen würden. Sie würden ihre Ziele mit Gewalt und nach dem Führerprinzip durchsetzen (ähnlich wie im Nationalsozialismus).

Ausdrücklich bekräftigte er, dass Rechtsextremismus kein allein deutsches Phänomen darstelle, sondern weltweit verbreitet sei.

Er referierte in Punkt 2 (Ideologien), dass der Rechtsextremismus auf eine kulturelle Dominanz, und nicht, wie er sich gern den Anschein gibt, auf soziale Ziele, ausgerichtet sei. Kameradschaften und Parteien verfügten über internationale Netzwerke. NPD, Republikaner und DVU hätten einen geringen Anhang – verglichen mit der Situation in Frankreich, dem Vlaams Blok in Belgien oder der niederländischen „Partei für die Freiheit“. Informelle Gruppen und Kameradschaften seien die größere Gefahr, da sie weniger kontrollierbar seien. Zudem gebe es Verbindungen über das Internet.

Zu Punkt 3 (Strategien dagegen):

Er selbst sei in der Rassismusbekämpfung tätig. Er nahm Bezug auf die Rassenlehre des Nationalsozialismus und betonte, dass der heutige Rassismus auch in der Kolonialpolitik verwurzelt sei. Kommunistische Staaten hätten behauptet, Rassismus gäbe es nur in kapitalistischen Staaten. Doch Rassismus existiere in allen Gesellschaften. Hetze gegen Sinti und Roma sowie Antisemitismus gäbe es in Ost und West. Neue Formen von Rassismus würden sich gegen Flüchtlinge und Asylbewerber richten. Europa verschließe sich nach außen und in solch einem Klima gedeihe der Rechtsextremismus. Er forderte zu Gegenmaßnahmen auf allen Ebenen auf: weltweit, europäisch, landesweit.

In Folge der 1965 beschlossenen europäischen Konvention gegen Rassendiskriminierung seien politische Maßnahmen getroffen worden, u.a. EGRI. Demnach sollte bereits ab 1965 jede Form der Rassendiskriminierung beseitigt werden. Doch die Europäische Grundrechtsagentur und andere Institutionen hätten eine beschränkte Wirkung, wenn diese nur in Foren in New York oder Brüssel tagten. Wichtiger sei es, dazu in Dörfern, Schulen und Kommunen zu arbeiten.

Asylbewerber würden diskriminiert, Muslime als Minderwertige dargestellt.

Er stellte die Frage, ob der Rechtsextremismus sich vom Rand zur Mitte verlagert habe oder verlagern könne. In Deutschland sei eine Zunahme rechtsradikaler Gruppierungen zu verzeichnen und angesichts der Finanzkrise würde sich die Situation bei steigender Arbeitslosigkeit und der Reduzierung sozialer Einrichtungen noch verschärfen.

4. Maßnahmen gegen Rechtsextremismus:

Die zehn Handlungsfelder der Allianz gegen Rechtsextremismus kämen ihm bedeutungsvoll vor. Die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz, hätte in ihrem dritten Bericht über Deutschland Maßnahmen empfohlen, die auf die Ursachen gerichtet seien, also Präventivcharakter hätten.

Als notwendige Gegenmaßnahmen führte er zu Ende seines Vortrags an:

1. Bildungswesen interkultureller gestalten (Erziehung zur Achtung der Menschenrechte als Pflichtfach)

2. Aufmerksamkeit auf die von Diskriminierung betroffenen Gruppen lenken – wie zum Beispiel Schwarze, Juden, Muslime (hier seien besonders Politiker, Medien und Zivilgesellschaft gefordert)
3. Bessere Überwachungsmöglichkeiten sowie Meldemöglichkeiten für Polizei und Justiz
4. Aufklärungsarbeit über die Ursachen der Gewalt (z.B. existierende Programme wie XENOS, Civitas)
5. Strafen gegen Rechtsextremismus und Rassismus verbessern. Internetverfolgung, hier die Bekämpfung von rassistischen und fremdenfeindlichen Inhalten über das Internet.

Die Moderatorin, Simone Richter, sagte, Demokraten in ganz Europa müssten sich dem Problem stellen und leitete nun zu OB Maly über, der eine kurze Ansprache hielt.

Darin begrüßte Maly die rege Teilnahme (der Historische Rathaussaal war in der Bestuhlung voll besetzt).

Er habe die Migrations- und Integrationspolitik zur Chefsache erklärt und sei Ratsvorsitzender der Metropolregion. Er begrüßte, dass Vertreter aus 134 Gebietskörperschaften anwesend seien, was die hohe Bereitschaft zeige, sich zu engagieren. Es gebe Leute, die noch nicht so genau wüssten, wie sie auf Rechtsextremismus reagieren sollen. Er verstehe den Impuls, bei rechtsextremistischen Aktivitäten zu sagen, „Ganz so schlimm wird’s ja wohl nicht sein“ oder „Es sind ja nur ganz wenige“ oder „Vielleicht schaffen wir es, das aus der Zeitung rauszuhalten“ (immerhin würde Franken ja immer mit seiner braunen Vergangenheit assoziiert werden). Die Wahrheit sei laut Maly aber umgekehrt: Wer nicht ignoriere, werde in der öffentlichen Wahrnehmung bestehen. Werner Wolf aus Gräfenberg genieße dabei seine Hochachtung. Man könne den Rechtsextremismus nicht mehr ignorieren, wenn im Nürnberger oder Münchner Stadtrat NPD’ler sitzen würden. Ignorieren funktioniere nicht. Er unterstrich die Bedeutung der Arbeit damit, dass ihm an diesem Morgen eine Bundesbehörde in Berlin Fördermittel für die Initiierung der Allianz quasi aufgedrängt habe.

Was sei laut Maly zu tun?

Wo Rechtsextremisten öffentlich auftreten, sollen die demokratischen Instanzen „Flagge zeigen“. Die Diskussion „die 30 oder 50 Hansel zu ignorieren“ oder „Nach vier Stunden seien die weg“ fände immer noch statt. Man müsse deutlich machen, dass Demokraten die Lufthoheit hätten. Maly sagte, er sei kein Anhänger von erdschweren Aktionen, fände aber phantasievolle Aktionen wie in Gräfenberg gut. Gewählte Vertreter rechtsextremer Parteien solle man bekämpfen, doch mit ihren Wählern solle man sensibel umgehen. Man solle NPD-Wähler und die Wähler der Tarnlisten nicht beschimpfen, sondern versuchen, die Wähler zurückzugewinnen. Es sei keine Entscheidung aus rechtsextremem Gedankengut heraus, sondern es handle sich um Protestwähler, die sich wegen der wirtschaftlichen Entwicklung zu den Verlieren zählen würden. Man solle eine auf Gerechtigkeit ausgerichtete Politik betreiben.

Außerdem solle man präventiv tätig werden und um die Köpfe der Kinder und Jugendlichen in den Kindergärten und Grundschulen kämpfen. Man solle Kinder stark machen, so dass sie es nicht nötig hätten, sich durch Ausgrenzung stark zu machen. Wenn die, die auf der Straße seien, empfänglicher seien für Rechtsextremismus, dann könnten wir etwas dagegen tun (indem man sie in Jugendzentren bringt, oder sie in Freizeitangebote, in Kirchengemeinden oder in die offene Jugendarbeit bringt). Er sprach sich auch dafür aus, Wähler zurückzugewinnen. Außerdem gebe es schon viele Initiativen, die etwas gegen Rechtsextremismus tun würden. Er schloss mit der Bitte, diese Veranstaltung als Netzwerkgedanken zu betrachten und „nicht noch ein Organ neben denen, die schon funktionierten“ zu schaffen.

Die Moderatorin begrüßte anschließend Herrn Helmbrecht, Sprecher des Bürgerforums Gräfenberg, der einen beeindruckenden Filmzuschnittschnitt präsentierte. Darin wurde das Vor- und Nachgeschehen einer Gegendemonstration auf dem Gräfenberger Marktplatz im August 2007 gezeigt (Bei dem Aufmarsch der Rechtsextremisten handelte es sich damals um eine Ersatz-Veranstaltung des in Wunsiedel verbotenen Rudolf-Hess-Gedenkmarsches. Dies kommt in dem Film sehr gut rüber, da eine rechtsextreme Frau ganz offen sagt, dass sie heute des Hess gedenke. Auch ist in dem Film der Anwalt aus Uttenreuth zu sehen, der die Neonazis regelmäßig vertritt).

Helmbrecht wies darauf hin, dass in den letzten zehn Jahren bereits 36 Aufmärsche von Rechtsextremisten in Gräfenberg stattgefunden haben. Eine vom Menschenrechtsbüro der Stadt Nürnberg präsentierte Landkarte zeigte Orte, an denen rechtsextreme Aktivitäten zu beobachten waren: 1998 in Wunsiedel und Kronach, 1999 in Gräfenberg, 2001 in Nürnberg, 2003 in Geiselwind, 2004 in Erlangen und Ebersdorf, 2005 in Bayreuth, 2006 in Fürth, 2007 in Diespeck und Bad Windsheim sowie 2008 in Bamberg und Ansbach. . Herr Helmbrecht wies darauf hin, dass „weiße Flecken“ auf der Landkarte nicht frei von Rechtsextremismus seien.

In seinem anschließenden Redebeitrag wies er daraufhin, dass die Konfliktdynamik im Widerstand gegen Rechtsextremismus auch in der Auseinandersetzung mit Polizei und Gerichten läge.

Gegen die Angst gebe es nach seiner Ansicht eine Gegenwaffe: Die Solidarität und Wachheit der DemokratInnen.

Er schilderte bekannte Strukturen und Strategien der Rechtsextremen und führte dabei u.a. den Immobilienkauf von Frank Rennie an, eines rechtsradikalen, mehrfach indizierten Liedermachers, der in Altengreuth/Schillingsfürst ein großes Grundstück im Anschluss an sein Wohnhaus erstehen konnte, auf dem zukünftige Versammlungen zu vermuten seien. Ein weiteres Haus erwarb er in Insingen/Lohr.

Nun folgte die Podiumsdiskussion, wie im separaten Teil beschrieben.

Anschließend wurde das Koordinierungsgremium durch namentliche Nennung und Erheben der entsprechenden Personen durch Frau Richter vorgestellt. „Spontan“ wurde noch Herr Walter Schatz (ehemaliger Lokalchef der Nürnberger Nachrichten und

Mitarbeiter der Bürgerbewegung für Menschenwürde in Mittelfranken) in das Koordinierungsgremium gehievt.

Brigitte Wellhöfer (Bündnis 90/Die Grünen) ließ sich als Wahlleiterin von den Anwesenden beauftragen und bestätigte anschließend die Allianz mit 4 Enthaltungen.

Als letzten Programmpunkt gab es eine Abschlussrede von Pfarrer Agnietzsche mit der Botschaft, alle Kirchenkreise und damit 600 Gemeinden hätten sich für die Allianz und gegen Rechts ausgesprochen.

Protokoll: S. Roth, Nürnberger Bündnis Nazistopp